

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/166

4. September 1970

Grüne Versicherungskarte stößt in der ZWC

Der Wegfall der Grenz-Ausweiskontrolle
muß folgen

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

(Seite 1 / 34 Zeilen)

In Bonn sieht Sachlichkeit ein

Der deutsch-sowjetische Vertrag und die CDU

(Seite 2 / 40 Zeilen)

Ketzler macht HÜ und HÖ

Das Elend der christokratischen
Kritikasteroi

(Seite 3 - 4 / 52 Zeilen)

Chalredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9163
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-38
Telex: 866 649/866 647/
866 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Grüne Versicherungskarte stirbt in der EWG

Der Wegfall der Grenz-Ausweiskontrolle muß folgen

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Das ständige Ärgernis für Europas Autofahrer, die Grüne Versicherungskarte, dürfte bis zur Reisesaison im Sommer 1971 innerhalb der EWG verschwunden sein. Nach langem hartnäckigen Drängen sozialdemokratischer Verkehrspolitiker im Europäischen Parlament hat sich die EWG-Kommission jetzt dazu durchgerungen, Ministerrat und Parlament einen Richtlinienvorschlag zur Abschaffung der Grünen Versicherungskarte und damit dem Wegfall der Grenzkontrolle vorzulegen.

Nach dieser Richtlinie, die nach ihrer Verabschiedung alle sechs EWG-Länder rechtlich bindet, darf es dann die Karte nicht mehr geben. Der Entwurf enthält drei Hauptprinzipien: 1. In allen sechs Ländern muß die Pflichtversicherung eingeführt werden; 2. die Deckung nach den Versicherungsverträgen gilt für das gesamte Gebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; und 3. der Schadensausgleich muß durch eine neu zu gründende Stelle in jedem Land gewährleistet sein.

Danach muß jedes Mitgliedsland ein nationales Versicherungsbüro schaffen, dem alle Kraftverkehrsversicherer angehören und die gleichzeitig eine globale Schadensersatzgarantie abgeben müssen. Vom Zwang der Einführung der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeuge aller Art wird vor allem Italien betroffen sein. Die EWG-Kommission stellt in der Richtlinie den Mitgliedstaaten nur eine sechsmonatige Frist zum Erlaß der nationalen Vorschriften.

Gleichzeitig wird in dem Vorschlag die Möglichkeit geschaffen, auch mit Ländern außerhalb der EWG durch eine gegenseitige Schadensgarantie die Grüne Versicherungskarte fortzuführen zu lassen.

Sicherlich ist diese Maßnahme der EWG zu begrüßen, sie bedeutet aber wiederum nur einen halben Schritt auf ein "Europa ohne Grenzen". Der EWG-Bürger fordert mit Recht, daß die lästigen und oft zeitraubenden Ausweiskontrollen an den Binnengrenzen ebenso fortfallen wie es jetzt mit der Grünen Versicherungskarte hoffentlich bald geschieht.

+ - +

In Bonn zieht Sachlichkeit ein

Der deutsch-sowjetische Vertrag und die CDU

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel wird von seiner Paris-London-Washington-Rundreise mit der fundierten Erkenntnis an den Rhein zurückkehren, daß die Vermutungen, Behauptungen und Unterstellungen aus seinem eigenen Parteilager nicht fundiert sind, wonach die deutsche Ostpolitik und insbesondere der deutsch-sowjetische Vertrag bei den alliierten Regierungen nicht die Grundsatzzustimmung fänden, wie sich das aus den vollauf berechtigten Aussagen der Bundesregierung für jedermann ergeben hat, der nicht vom prinzipiellen Mißtrauen getrieben ist.

Diese Rundreise Dr. Barzels war richtig und gut, und die Auskünfte, die er seinen Parteifreunden geben kann, werden, so steht ernsthaft zu hoffen, gewichtig dazu beitragen, daß sich in der CDU in verstärktem Maße der Beurteilungstrend durchsetzen kann, der in den letzten Äußerungen des stellv. Parteivorsitzenden Dr. Gerhard Schröder so bemerkenswert klar zum Ausdruck gekommen ist. Die Bundesregierung wird also in Dr. Barzel einen Gesprächspartner finden können, der, nicht von Emotionen und Ressentiments geplagt, sachlich und objektiv über ein Problem diskutieren kann, dessen positive Lösung im Gesamtinteresse des Staates und aller seiner Bürger liegt.

Den Auftakt zu diesen Gesprächen hat nicht nur Dr. Schröder in seinem jüngsten Zeitungsinterview und den zeitlich parallelen Fernsehaussagen gegeben. Die sozialdemokratischen Kontakte unverdächtige Londoner Weltzeitung "TIMES" hat Schröders Ball aufgegriffen und den Christdemokraten empfohlen, mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag zu leben und das Beste aus ihm zu machen. Nur die Herren Kiesinger und Strauß hielten noch das sterile Argument aufrecht, daß die de facto-Einnahme der europäischen Grenzen ein Verzicht auf das deutsche Recht zur Selbstbestimmung und auf die Wiedervereinigung bedeute. Es sehe nicht so aus, als ob irgendjemand in Bonn politisch noch sehr viel gewinnen könnte, wenn er mit sachlich abgewetzten alten Parolen gegen den Fortschritt zu Felde ziehe.

Demit sind wir an einen Punkt angelangt, der es ermöglichen sollte, daß das Anti-Vertrags-Feidgeschrei von gestern verstummen könnte. Sachliche Kritik, sachliche Information und sachliche Diskussion sind notwendig und unumgänglich. Emotionelles Gezeter und eine Kritik um ihrer selbst Willen sind nur von Schaden und abgeschmackt. Der Weg zur objektiven Sachlichkeit zwischen Regierung/Koalition und der CDU-Opposition ist frei.

* * *

In der auf Beschluß des Gesetzgebers vom Sommer 1969 die Beiträge mit Wirkung vom 1. Januar 1973 an auf 18 vH. erhöht werden müssen, um die Zahlungs- und Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Dauer sicherzustellen, ist es nicht zu verantworten, Mittel der Rentenversicherungsträger über das bestehende Maß hinaus für andere Zwecke abzuweigen.

Der Katzer-Vorschlag hat aber noch eine, kurzfristig gesehen, zweite Seite. Einerseits reden die Herren Dr. Stoltenberg und Dr. Müller-Hermann und andere Konjunkturpolitiker der Opposition laufend über Dämpfungsmaßnahmen, über hohe Preise am Baumarkt usw., andererseits macht aber Katzer diese Vorschläge sofort wieder illusorisch, indem er den Baumarkt durch Milliardeninjektionen weiter anheizen will. Grotesk wird die Situation, wenn man sich daran erinnert, daß Dr. Stoltenberg erst am 9. Juni 1970 den Vorschlag gemacht hatte, die Überschüsse der Rentenversicherungsträger als Dämpfungsmaßnahme stilllegen zu lassen. Es ist angesichts dieses CDU-Nick-Hacks deshalb dringend zu empfehlen, daß der stellv. CDU-Vorsitzende Hans Katzer künftig, bevor er illusionäre Quick-Vorschläge in die Welt setzt, sich erst einmal mit den Versicherungsträgern über die Lage abspricht; daß er mit den Konjunkturpolitikern seiner eigenen Partei vereinbart, was nun eigentlich geschehen soll; und daß er drittens mit sich selbst zu Rate geht, welche seiner eigenen Vorschläge publiziert werden sollen.

Walter Ramm.